

56. Sitzung (Sondersitzung)

Potsdam, Donnerstag, 25. November 2021

Inhalt

	Seite	Seite	
Mitteilungen der Präsidentin.....	2	Herr Abg. Büttner (DIE LINKE).....	6
1. Aussprache des Landtages über die aktuellen befristeten Eindämmungsmaßnahmen aufgrund des SARS-CoV-2-Virus und COVID-19 im Land Brandenburg durch die Landesregierung (Zweite SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung) vom 23. November 2021.....	2	Herr Abg. Dr. Redmann (CDU).....	8
Beratungsgegenstand der AfD-Fraktion		Herr Abg. Dr. Berndt (AfD) - Kurzintervention.....	9
Entschließungsantrag der AfD-Fraktion		Herr Abg. Dr. Redmann (CDU).....	9
Drucksache 7/4574		Herr Abg. Stefke (BVB/FW).....	10
Entschließungsantrag der AfD-Fraktion		Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE).....	11
Drucksache 7/4575		Ministerpräsident Dr. Woidke	13
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)	2	Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Nonnemacher	14
Herr Abg. Keller (SPD).....	4	Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)	15
Herr Abg. Hohloch (AfD) - Kurzintervention.....	5	Herr Abg. Büttner (DIE LINKE).....	16
Herr Abg. Keller (SPD).....	6		
		Anwesenheitsliste.....	18
		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind von der Rednerin oder vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
		Aufgrund der wegen der Coronakrise veränderten Bedingungen im Plenarsaal wurden Beifallsbekundungen und Zurufe nur bedingt aufgenommen.	

Beginn der Sitzung: 17.00 Uhr

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren - eine ungewöhnliche Uhrzeit für uns -, ich begrüße Sie ganz herzlich zur 56. Sitzung des Landtags Brandenburg.

Die heutige Sondersitzung des Landtages findet gemäß Artikel 64 Abs. 1 der Landesverfassung und § 17 Abs. 2 GOLT statt, und zwar auf Verlangen von 19 Mitgliedern der AfD-Fraktion zu dem Beratungsgegenstand „Aussprache des Landtages über die aktuellen befristeten Eindämmungsmaßnahmen aufgrund des SARS-CoV-2-Virus und COVID-19 im Land Brandenburg durch die Landesregierung (Zweite SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung) vom 23. November 2021“.

Gibt es Ihrerseits Bemerkungen zum Entwurf der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Sie um Abstimmung über den Entwurf der Tagesordnung bitten. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Bitte die Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung einstimmig - ohne Enthaltungen - beschlossen.

Ich möchte Ihnen vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt geben, wer heute abwesend ist: Für die heutige Sitzung wurde die Abwesenheit der Damen und Herren Abgeordneten Baaske, Sabine Barthel, Bischoff, Brüning, Duggen, Günther, Hiekel, Hildebrandt, John, Kniestedt, Dr. Ludwig, Lux, Muxel, Pohle, Poschmann, Prof. Dr. Schierack, Roick, Rostock, Senftleben, Stohn, Vandre, Walter, Walter-Mundt, Wernicke, Wernitz und Wiese angezeigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe den einzigen heutigen Tagesordnungspunkt - Tagesordnungspunkt 1 - auf.

TOP 1: Aussprache des Landtages über die aktuellen befristeten Eindämmungsmaßnahmen aufgrund des SARS-CoV-2-Virus und COVID-19 im Land Brandenburg durch die Landesregierung (Zweite SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung) vom 23. November 2021

Beratungsgegenstand
der AfD-Fraktion

Entschließungsantrag
der AfD-Fraktion

[Drucksache 7/4574](#)

Entschließungsantrag
der AfD-Fraktion

[Drucksache 7/4575](#)

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner spricht der Abgeordnete Dr. Berndt für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst vor acht Tagen haben wir über das Coronaregime debattiert, und schon wieder zwingt der heillose Aktionismus der Landesregierung zur Einberufung einer Sondersitzung.

Mit der neuen Eindämmungsverordnung bringen Sie es fertig, die Ignoranz und Empathielosigkeit Ihres Regierungshandelns tatsächlich noch einmal zu steigern. Und jeder zu erwartende Hinweis auf das dieser Tage verschlimmerte Infektionsschutzgesetz verfügt nicht, weil Brandenburg diesem Gesetz zugestimmt hat, also sind Ihnen auch all die geschwätzigen Grausamkeiten dieses Gesetzes zuzuordnen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie errichten ein Apartheidregime, das Geimpfte von Ungeimpften trennt:

(Zuruf: Mann!)

Letztere dürfen nicht mehr ungetestet Bahn fahren, keinen Vereinssport mehr treiben, zwar noch Lebensmittel und Hygieneprodukte kaufen, aber nicht mehr zum Friseur, sie dürfen nicht mehr zu Kulturveranstaltungen gehen oder Museen besuchen ...

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Herr Funke.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Funke.

Herr Abg. Funke (SPD):

Sehr geehrter Abgeordneter Berndt, das möchte ich so nicht stehen lassen. Heute ist die Zahl von 100 000 Menschen, die an oder mit Corona verstorben sind, überschritten worden; da können wir Ihre Rede so nicht hinnehmen.

(Zuruf: Die Frage! Das ist keine Frage!)

Finden Sie das angemessen?

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Ja, ich finde das ...

(Lachen)

Sehr geehrter Herr Kollege Funke, vielen Dank für Ihre Frage. Ich finde das sehr angemessen und werde auch begründen, warum.

Sie errichten ein Apartheidregime, das Geimpfte von Ungeimpften trennt: Die Ungeimpften dürfen nicht mehr ungetestet Bahn fahren, keinen Vereinssport mehr treiben, sie dürfen noch Lebensmittel und Hygieneprodukte kaufen, aber nicht mehr zum Friseur, sie dürfen nicht zu Kulturveranstaltungen gehen oder Museen besuchen, und sobald die völlig willkürlich gewählten Indikatoren Inzidenz und Intensivbettenbelegung bestimmte Werte anzeigen, dürfen die Ungeimpften nach 22 Uhr noch nicht einmal mehr ihre Wohnung verlassen. Die Präsenzpflicht in Schulen ist aufgehoben, und Weihnachtsmärkte sind verboten. Die daraus

resultierenden sozialen Verwerfungen, die jetzt schon insbesondere bei den Kindern dramatische Kollateralschäden hervorrufen, interessieren die Regierung nicht: Kinder und Kleinunternehmer haben bei Ihnen keine Lobby!

Haben Sie in der Landesregierung sich eigentlich einmal überlegt, was Sie den Händlern antun, deren Weihnachtsmarkttände Sie nach einem Tag schließen?! Und was Sie den Kindern und Jugendlichen antun, denen Sie Sport und damit eines der besten Mittel verbieten, nicht nur in der akuten Erkältungswelle gesund zu bleiben?!

Sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung, mit Ihren blindwütigen Verboten treffen Sie Arbeitnehmer und Selbstständige, Schüler und Eltern, Einsame und Gesellige, Geimpfte und Ungeimpfte - Sie treffen die Menschen in Brandenburg. Eines treffen Sie nicht, und das ist das Virus, denn weder die Zahl der Intensivpatienten noch die Zahl der Toten hat sich gegenüber dem Vorjahr durch Ihre bisherigen Maßnahmen geändert; die Inzidenz ist sogar dramatisch gestiegen.

Doch Sie, sehr geehrte Damen und Herren, forcieren das Falsche und bemühen sich im Zusammenspiel mit eingebetteten Medien darum, nunmehr den Ungeimpften die Schuld für Ihr Versagen anzulasten. Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie schäbig ich das finde! Politiker und ihre Kostgänger schüren Hass auf die Ungeimpften, indem sie Tag für Tag behaupten: Wärt ihr geimpft, könnten wir längst wieder in Freiheit leben. - Eine glatte Lüge!

Wie bei vielen Lügen lässt sich auch hier im Einzelfall schwer sagen, wer es eigentlich besser weiß und bewusst lügt oder wer diese Lüge guten Glaubens verbreitet. Aber: Es spielt für das Resultat auch keine Rolle. Und von normal intelligenten Menschen, die sich in verantwortungsvoller Position befinden, wird man doch wohl erwarten dürfen, dass sie für ihr Handeln rational nachvollziehbare Gründe angeben können. Das aber, sehr geehrte Damen und Herren, ist für Ihre Verordnung nicht der Fall! Das ist für Ihr Handeln nicht der Fall, wie ein Blick auf den Kern Ihrer Coronamaßnahmen zeigt! Dieser Kern ist sehr leicht beschrieben: Sie setzen auf einen Impfaberglauben und verordnen Apartheidmaßnahmen gegen Ungeimpfte. - Das ist alles, was Sie zu bieten haben, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung! Der Druck auf Ungeimpfte soll so lange erhöht werden, bis die sich unterwerfen und sich - auch gegen ihre Überzeugung - impfen lassen.

Ihr Vorgehen, sehr geehrte Damen und Herren, verletzt die hier so oft beschworene Menschenwürde der Betroffenen, und das ohne Rechtfertigung, denn es ist seit Monaten aktenkundig - und hier mehrfach vorgetragen worden -, dass die Impfung nicht die Lage verändert, genauer: nicht verbessert hat. Das zeigen Zahlen, Herr Funke, die der Journalist Olaf Gersemann gestern zusammengefasst hat. Ich trage vor:

2020: Inzidenz 142, Intensivpatienten: 3 768, Tote: 221, Impfquote: 0 %, Wildtyp; 2021: Inzidenz 405, Intensivpatienten: 4 070, 213 Tote, Impfquote: knapp 80% der Erwachsenen deutschlandweit, in Brandenburg über 70 %, aber: Delta.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Hinweis auf die Delta-Variante, der jetzt reflexartig kommt, um das Versagen der Impfung zu relativieren, ist beinahe rührend, denn dass Coronaviren mutieren, wusste jedermann lange vor der Impfstoffentwicklung. Die angebotenen Impfstoffe erfüllen ganz einfach die Erwartungen

nicht. Deshalb taugen auch Ihre auf den Impfungen basierenden Maßnahmen überhaupt nichts.

Der Virologe Alexander Kekulé nennt das 2G-Modell „gefährlich“, und der frühere Direktor des Virologischen Instituts der Charité, Detlev Krüger, stellt fest - ich zitiere: Die Impfungen halten nicht, was versprochen wurde; weder machen sie die Geimpften immun, noch verhindern sie die Weitergabe des Virus. „Im Endefekt bedeutet 2G nur mehr Unfreiheit, ohne mehr Sicherheit zu bieten.“

Und, sehr geehrte Damen und Herren, wer angesichts dieses Pandemiegeschlebens, das mit notorisch falschen Zahlen, historisch niedriger Betteneinschaltung, dem Abbau tausender Intensivbetten und der Beendigung der Kostenübernahme für Selbsttests einherging, noch glaubt, dass es der Regierung um die Gesundheit der Bürger geht, der will Aberglauben und der will nicht Wissen.

Sie als Regierung, als Koalition und als eingebettete Opposition hatten im Sommer und Herbst die Chance, Ihren Blindflug zu beenden. Am 7. Juli sprachen sich CDU, SPD, Linke und Grüne in einer „dpa“-Umfrage dafür aus, Beschränkungen zu kippen, wenn alle Brandenburger ein Angebot für eine Impfung gegen das Coronavirus erhalten haben.

„In dem Augenblick, in dem jedem Menschen ein Impfangebot gemacht werden kann, sind Grundrechtseinschränkungen nicht mehr aufrechtzuerhalten“, wurde der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion zitiert.

Und der Fraktionsvorsitzende der Linken machte klar:

„Sobald alle Menschen ein realistisches Impfangebot bekommen haben, muss jeder für sein persönliches Lebensrisiko selbst entscheiden.“

Da sehen Sie, sehr geehrte Damen und Herren der Linken: Wenn Sie die Regierungspolitik in puncto Corona kritisieren, sind Sie, sofern das möglich ist, noch unglaubwürdiger als die Koalitionsfraktionen.

Die Halbwertszeit der Versprechungen der Koalition und der eingebetteten Opposition ist kürzer als die Dauer der Wirksamkeit der Coronaimpfstoffe. Die Impfung taugt nichts! Die Impfung taugt nichts! Die Impfung taugt nichts; ich sage es zum dritten Mal. Das wollen Sie nicht eingestehen, und deshalb erleben wir diese Hetze gegen die Ungeimpften.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie missbrauchen Ihre Macht, wenn Sie eine Minderheit willkürlich entrechten - und das werden wir nicht vergessen. Denn Verantwortung, sehr geehrte Damen und Herren insbesondere der Landesregierung, ist immer ein persönliches Verhalten. Es muss das Ärgernis in die Welt kommen, heißt es in der Bibel, doch wehe dem Menschen, durch welchen das Ärgernis kommt!

Ich danke Ihnen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Als Nächster spricht Herr Abgeordneter Keller für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Keller (SPD):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist wieder einmal, muss man sagen, der typische Dreiklang der AfD: Verunsicherung, Verschwörung, Verantwortungslosigkeit.

Verunsicherung: Die AfD bestreitet hier erneut die Gefährlichkeit des Coronavirus. Verschwörung: Die AfD leugnet die Wirksamkeit der Impfung. Im Entschließungsantrag ist heute sogar die Rede von Tod und davon, dass eine Impfung krank macht. Verantwortungslosigkeit: Die AfD verweigert notwendige Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie.

Meine Damen und Herren, die Brandenburgerinnen und Brandenburger lassen sich nicht verunsichern! Nein, Herr Berndt, die Brandenburgerinnen und Brandenburger sehen die Gefährlichkeit des Virus, sie sehen die 100 000 Toten in Deutschland und sehen im Gegensatz zu Ihnen auch die Schicksale, die hinter dieser Zahl stehen. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger glauben nicht an Ihre Verschwörungstheorien, sie wissen um die Wirksamkeit der Impfung: 63 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger haben sich impfen lassen - nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Keller (SPD):

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sind verantwortungsvoll. Sie haben im letzten Winter die notwendigen Maßnahmen umgesetzt, um die Pandemie einzudämmen, und werden das auch in diesem Winter tun.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage? Es sind inzwischen drei Zwischenfragen.

Herr Abg. Keller (SPD):

Nein, Frau Präsidentin.

Verunsicherung, Verschwörung, Verantwortungslosigkeit: Das - will ich Ihnen an dieser Stelle deutlich sagen - ist nicht Brandenburg!

Sie beantragen hier eine Sondersitzung, obwohl zuvor der Gesundheitsausschuss zusammengekommen ist und dort wie üblich die Möglichkeit bestanden hätte, zu diskutieren

(Zurufe)

- na selbstverständlich! -, um an dieser Stelle nur eines zu machen. Man muss sich das einmal durch den Kopf gehen lassen: Ob jemand sich impfen lässt oder nicht - diese Wahl hat jeder selbst. Nun den Umstand, dass jemand, der ungeimpft ist, sich vermehrt testen lassen muss, um damit seinen Beitrag zu leisten, mit der Apartheid, einer Zeit des systematischen Rassismus in Südafrika, zu vergleichen ist ein Unding und gehört nicht in den Brandenburger Landtag. Wenn es nach mir ginge, Dr. Berndt,

hätten Sie mit solchen Aussagen im Brandenburger Landtag auch nichts zu suchen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Kommen wir zur Ernsthaftigkeit und zum Ernst der Lage zurück.

(Zurufe)

Ein vollständiger Lockdown in fast allen Lebensbereichen ist unvermeidlich, wenn es uns nicht gelingt, das Infektionsgeschehen in den kommenden Wochen einzudämmen, wenn es uns nicht gelingt, die Zahl der Impfungen kurzfristig deutlich zu erhöhen, und wenn es uns nicht gelingt, die Intensivbettenkapazitäten in unseren Krankenhäusern schnell hochzufahren.

(Zuruf: Ihr habt sie doch runtergefahrene!)

Ich sagte es bereits: Die Lage ist ernst. Aus meiner Sicht gibt es zwei übergeordnete Ziele, die in letzter Konsequenz auch diesen Weg rechtfertigen.

Erstens: Wir haben als Staat einen Schutzauftrag für die Menschen unseres Landes, für alle Menschen unseres Landes - ob geimpft oder ungeimpft. Deshalb müssen wir die Überlastung des Gesundheitssystems verhindern.

Die Zahlen zeigen ganz deutlich: Mit einer Verzögerung von etwa zwei Wochen kommen die Menschen, die heute an Covid-19 erkranken, ins Krankenhaus. Vor zwei Wochen hatten wir in Brandenburg eine Sieben-Tage-Inzidenz von 230. Im Ergebnis sind heute etwa 520 Menschen in Brandenburg im Krankenhaus. Stand heute haben wir eine mehr als doppelt so hohe Sieben-Tage-Inzidenz; sie liegt bei etwa 650. Es ist zu befürchten, dass wir in zwei Wochen weit über 1 000 Menschen mit Covid-19 in unseren Krankenhäusern behandeln müssen. Ja, da besteht Handlungsbedarf. Und ja, mit unseren Maßnahmen, die wir gestern beschlossen haben, werden wir diese Entwicklung stoppen. Und ja, wir werden Brandenburgs Gesundheitswesen mit diesen Maßnahmen wieder stabilisieren.

Zweitens: Es ist unsere Überzeugung, dass die Schulen und Kitas unbedingt offen bleiben sollen, denn im Bereich Bildung können Einschränkungen nicht einfach durch finanzielle Entschädigungen kompensiert werden. In der Bildung haben Schließungen dauerhafte Folgen für die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen. Daher haben wir hier die Zahl der regelmäßigen Testungen erhöht und die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung wiedereingeführt. Deswegen setzen wir uns auch dafür ein, dass Kinder und Jugendliche sich impfen lassen können. Ich begrüße es, dass die EMA heute den Impfstoff für Kinder ab fünf Jahren zugelassen hat. Das ist der richtige Weg und zeigt, dass wir hier Stück für Stück vorankommen.

Wenn diese Maßnahmen nicht reichen, ist für uns klar: Bevor wir die Schulen und Kitas schließen, werden alle anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens heruntergefahrene werden müssen. Die Bildung von Kindern und Jugendlichen hat für uns Priorität, meine Damen und Herren.

Geben wir uns keiner Illusion hin: Wir haben jetzt die Chance, Maßnahmen zu ergreifen, um einen vollständigen Lockdown abzuwenden. Erstens verstärken wir die Bemühungen, um die Impfquote deutlich zu steigern. Am letzten Freitag haben sich auf Einladung des Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke alle Ebenen getroffen, die in Brandenburg Verantwortung für die Gesundheit und vor allem für das Impfen der Menschen tragen.

(Zuruf: Und was ist dabei herausgekommen? Nichts!)

Es ist Dietmar Woidke gelungen, dass sich alle zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung verpflichtet haben. Das ist auch das Gebot der Stunde. Künftig sollen 160 000 Impfungen pro Woche - bei niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, durch 100 niedrigschwellige Impfangebote und vier überregionale Impfstellen - erfolgen.

Die Impfquote - das möchte ich betonen - hängt aber nicht nur von der Angebotsseite ab, sondern wir brauchen auch eine höhere Nachfrage. Ich habe bereits letzte Woche erklärt, dass ich eine moralische und auch eine solidarische Pflicht zum Impfen sehe. Ich bin aber auch überzeugt, dass die freie Entscheidung, auf eine Impfung zu verzichten, Konsequenzen haben muss. Die Konsequenzen heißen konkret: Ungeimpfte müssen im Rahmen der Pandemiebekämpfung mehr Einschränkungen hinnehmen als Geimpfte; sie müssen mit diesen Maßnahmen ihren Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie leisten.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Herr Abg. Keller (SPD):

Nein, ich möchte bei dieser Rede keine Zwischenfrage der AfD-Fraktion zulassen.

Zweitens brauchen wir wirksame Maßnahmen, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. In weiten Teilen des öffentlichen Lebens haben wir die 2G-Regel zur Pflicht gemacht, und das ist richtig so. Wir verschärfen die Kontaktbeschränkungen, ja - wir verschärfen die Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte. In Hot-spot-Regionen gilt sogar eine nächtliche Ausgangssperre für genau diese Gruppe. Am Arbeitsplatz gilt nun die 3G-Regel.

Drittens: Wir arbeiten mit den Krankenhäusern an einer Erhöhung der Versorgungskapazitäten. Gestern hat das Gesundheitsministerium angeordnet, dass Krankenhäuser wieder zusätzliche Betten für die Versorgung von Coronapatienten frei halten müssen. Mindestens 10 % der tatsächlich betreibbaren Betten auf Normalstation und mindestens 15 % der intensivmedizinischen Betten mit Beatmungsgeräten müssen in den Krankenhäusern nun frei gehalten werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, die jetzt beschlossenen Eindämmungsmaßnahmen folgen einem Grundprinzip: Die Menschen, die sich aus Solidarität und moralischem Pflichtgefühl haben impfen lassen, sollen weniger Einschränkungen erfahren müssen als diejenigen, die sich aus freien Stücken anders entschieden haben. Ich hoffe, dass dieses Prinzip uns auch über den Winter bringen wird. Ich hoffe aber auch, dass noch zahlreiche Ungeimpfte den Weg zur Impfstelle finden und sich wie bisher 63 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger impfen lassen und damit etwas für ihre Gesundheit, aber auch für die Gesundheit aller Brandenburgerinnen und Brandenburger tun.

Damit das gelingt, damit wir hier gut über den Winter kommen, sind wir jetzt alle gefragt. Eltern helfen durch die regelmäßige und sorgfältige Testung ihrer Kinder dabei, Schulen und Kitas offen zu halten. Unternehmerinnen und Unternehmer setzen die 3G-Regel in ihren Betriebsstätten um und können ihre Beschäftigten zur Impfung ermuntern, was eine dauerhafte, krisenfreie Betriebsführung ermöglicht. Polizei und Ordnungsbehörden kon-

trollieren die Einhaltung der Maßnahmen und stellen somit sicher, dass nicht die Verantwortungslosen belohnt werden. Und Hausärzte, Kommunen und Krankenhäuser bieten Impfungen praktisch rund um die Uhr an und machen es den Menschen leicht, sich solidarisch zu zeigen.

Ich will sagen: Wir sehen diese Hilfe, wir sehen diese Akteure, und wir wissen, was sie hier für die Gesellschaft tun. An der Stelle sage ich auch noch einmal vielen, vielen Dank an die Leute, die sich hier beteiligen!

Ich komme zum Schluss: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, wir haben gemeinsam einen letzten Versuch, hier einen vollständigen Lockdown zu vermeiden. Die Situation ist ernst. Lassen Sie uns gemeinsam aufeinander Acht geben! Lassen Sie uns gemeinsam solidarisch sein! Und lassen Sie uns auch weiterhin die Krise gemeinsam überwinden! - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Von Herrn Abgeordneten Hohloch wurde eine Kurzintervention angemeldet. Bitte schön.

Herr Abg. Hohloch (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Keller, Sie haben hier eine Zweiklassengesellschaft geschaffen; ich weiß nicht, ob Ihnen das nicht auffällt. Sie teilen die Menschen in die guten Geimpften und die bösen Nichtgeimpften ein. Die einen sind verantwortungsvoll, die anderen verantwortungslos. Die einen leisten ihren Beitrag dazu, dieses Land sicher zu machen, die anderen nicht. Da frage ich mich doch: Wer betreibt die Hetze hier in diesem Land? Das sind nicht diejenigen, die hier sitzen. Das sind die diejenigen, die in der Koalition sind, und diejenigen, die in der Opposition diese Maßnahmen mittragen, meine Damen und Herren.

Ich finde es wirklich witzig, wenn sich hier jemand von der SPD hinstellt und von Verschwörungstheorien spricht. Das Thema Impfpflicht war die größte Verschwörungstheorie, über die Sie alle sich das ganze letzte Jahr lustig gemacht haben. - Was kommt jetzt? Die Impfpflicht kommt.

Einen Lockdown können wir verhindern, wenn wir bloß alle aufpassen! - Was kommt jetzt als Nächstes? Wahrscheinlich wieder ein Lockdown.

Die Impfung würde Freiheit bringen. - Was bringt uns die Impfung? Sie bringt uns eben keine Freiheit. Sie spaltet diese Gesellschaft, und die Unfreiheit in diesem Land war noch nie so groß wie heutzutage, meine Damen und Herren.

Ich möchte auch sagen: Was Sie hier machen, ist verantwortungslos. Auch was Sie, Frau Ernst - Sie haben es ja angesprochen, Herr Keller -, mit den Kindern machen, ist verantwortungslos. Was Sie mit den Familien machen, ist verantwortungslos. Und auch was Sie mit unseren Alten machen, ist verantwortungslos. Sie schützen unsere Alten nicht. Sie quälen unsere Kinder. Sie gängeln unsere Familien. Und Sie gängeln diejenigen, die

(Zuruf: Nun ist ja mal gut!)

sich nicht impfen lassen. Die Präsenzplicht an Schulen aufzuheben ist der nächste Schritt, der das wieder belegt.

Wenn Sie sich hier hinstellen, Herr Keller, und mit dem Finger immer auf die AfD zeigen, kann ich nur sagen: Da zeigen Sie in die falsche Richtung, denn die AfD hat diese Missstände nicht hervorgebracht; die AfD weist auf diese Missstände hin. Sie sind in der Verantwortung, diese Missstände zu beheben und den Frieden im Land zu wahren. Aber das schaffen Sie anscheinend nicht, meine Damen und Herren.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Keller, Sie möchten auf diese Kurzintervention gern reagieren. Bitte schön.

Herr Abg. Keller (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will hier eins festhalten: Die AfD-Fraktion hat hier zu keinem Zeitpunkt Vorschläge für Maßnahmen unterbreitet, wie man des Pandemiegescbehens Herr wird.

(Zuruf: Das stimmt nicht!)

- Herr Berndt, mit Aussagen wie „Das Virus ist nicht gefährlich“, „Die Impfung wirkt nicht“, „Eine Impfung macht krank“ oder - wie es in Ihrem Entschließungsantrag steht - „Daran sterben Leute“ sind Sie so weit von der Wahrheit weg und so weit davon weg, die Pandemie überhaupt bekämpfen zu wollen - das nehmen doch alle hier wahr.

Ich will auf einen weiteren Punkt hinaus: Herr Hohloch, Sie werfen hier alles so ein bisschen durcheinander. Wir hatten im letzten Jahr eine Situation, wo klar war, dass, um die Pandemie zu bekämpfen, Personen - nämlich die Brandenburgerinnen und Brandenburger - in den Lockdown gehen mussten und es Einschränkungen für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger geben musste.

Ja, wir sind jetzt in der Situation, dass sich 63 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger haben impfen lassen, bei denen klar ist, dass die Wahrscheinlichkeit, dass sie dieses Virus übertragen und an dieser Krankheit schwer erkranken, geringer ist. Und ja, wir müssen erkennen, dass es einen Teil von Ungeimpften gibt, bei denen die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass sie dieses Virus übertragen und schwerer an dem Coronavirus erkranken

(Zurufe)

und dass sie nachher vor allem in den Krankenhäusern liegen.

Wenn Sie sich die Zahlen angucken, dann sehen Sie auch, dass das eine Pandemie der Ungeimpften ist. Aus diesem Grund ist es folglich richtig ...

(Unruhe)

- Entweder machen Sie eine Intervention und wollen mit mir reden, oder Sie wollen es nicht. - Ich sage es noch mal: Genau aus diesem Grund ist es richtig, dass für die, die ungeimpft sind, hier auf einen Teillockdown, auf bestimmte Maßnahmen zurückgegriffen wird.

Entschuldigung! Sie sprechen hier von Apartheid und anderen Sachen. Ich will Ihnen sagen: Heute hat ein Ungeimpfter selbstverständlich die Möglichkeit, den ÖPNV zu nutzen. Er muss sich halt testen lassen.

(Zurufe)

Und er hat selbstverständlich die Möglichkeit, zur Arbeit zu gehen, muss sich dann aber testen lassen. Das ist seine Aufgabe.

(Unruhe)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie!

Herr Abg. Keller (SPD):

Und ja, wer das nicht möchte, hat die Möglichkeit und die Wahl, sich auch heute noch impfen zu lassen. Machen Sie doch dafür einmal Werbung!

(Zurufe)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Als Nächster spricht Herr Abgeordneter Büttner für die Fraktion DIE LINKE. Bitte schön.

Herr Abg. Büttner (DIE LINKE):*

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Deutschland, Brandenburg befindet sich in einer schwierigen Lage. Über 100 000 Menschen sind in Deutschland in dieser Pandemie gestorben. Das ist im Übrigen nicht irgendeine abstrakte Zahl; das sind über 100 000 Menschen mit Träumen, Hoffnungen und Plänen.

(Zuruf: Oh!)

- Dass Sie das nicht interessiert und Sie sich darüber lustig machen, wundert mich angesichts Ihrer Diskussion nicht.

(Zuruf)

Das sind über 100 000 Menschen mit Familien, mit Kindern, Enkeln und Freunden. Über 100 000 Mal unermessliches Leid, Trauer und, ja, auch Wut - Wut darüber, dass wir als Politik das nicht verhindert haben, darüber, dass unsere Maßnahmen nicht so greifen, wie wir uns das wünschen, und darüber, dass wir zu oft aus politischen Gründen nicht konsequent genug sind.

Vor gerade einmal einer Woche haben wir die aktuelle Coronalage hier im Landtag diskutiert. Die Situation hat sich seitdem nicht verbessert; sie hat sich weiter zugespitzt - und zwar dramatisch. Die Zahl der Neuinfektionen steigt weiterhin rapide an, und mit ihr die Zahl der Krankenhaus-Einweisungen. Die Wahrheit ist: Von Tag zu Tag kommen wir dem Punkt näher, an dem Schluss ist, an dem nichts mehr geht, an dem die Kliniken

bis zur Oberkante voll sind. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

Diese Realität aber, Herr Berndt, leugnen Sie, verzerren Sie, biegen Sie zurecht mit Ihren Pseudofakten, Ihren aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten und Ihren Lügen wie gerade wieder über den Abbau von Intensivbetten.

(Dr. Berndt [AfD]: Wie?! Das ist doch bewiesen!)

- Das ist eine Lüge, ja. - Ich bin es leid, ich bin es wirklich leid, mir hier Ihre Beiträge, Ihre Verharmlosung der Situation anzuhören, während zugleich von Tag zu Tag mehr Menschen um ihr Leben ringen.

Die Leute auf den Intensivstationen, in den Krankenhäusern - die Ärztinnen und Ärzte, die Pflegerinnen und Pfleger - bilden sich das doch nicht ein. Wie viel Leid brauchen Sie eigentlich?! Wie viele Tote brauchen Sie eigentlich, um endlich zu verstehen, dass wir es hier mit einer gefährlichen Krankheit zu tun haben, die unsere Krankenhäuser an den Rand, nein, über den Rand der Kapazitäts- und Leistungsfähigkeit bringt?!

Sie wollen hier heute in einer Plenarsitzung über die Eindämmungsverordnung diskutieren. Dafür haben wir ein Verfahren. Das Verfahren ist die Beteiligung des zuständigen Gesundheitsausschusses. Das reicht Ihnen für Ihre öffentliche Selbstdarstellung natürlich nicht, und deswegen missbrauchen Sie erneut das Minderheitenrecht auf Einberufung einer Sondersitzung.

Ja, meine Damen und Herren, wir müssen über die Eindämmungsverordnung reden. Wir müssen darüber reden, dass die Maßnahmen, wie alle seriösen Wissenschaftler bestätigen, nicht ausreichen, um den Kollaps noch abzuwenden: weil sie nicht schnell genug greifen, weil sie die Kontakte nicht ausreichend reduzieren oder weil die Voraussetzungen für ihre Wirksamkeit nicht da sind. Und die Landesregierung agiert genauso wie in der ersten Welle - als hätte es die zwei Jahre der Pandemie nie gegeben. Wieder wurde die Zeit zwischen den Wellen nicht genutzt.

Überall, wo es Möglichkeiten zum Impfen bzw. Boostern gibt, sehen wir, dass die Menschen stundenlang Schlange stehen. Deswegen müssen wir darüber reden, dass es an Impfstellen und Impfärzten, Organisation und Infrastruktur fehlt. Dabei brauchen wir doch genau hier Tempo.

Wir müssen endlich Apotheker und Apothekerinnen, wie in NRW bereits durchgeführt, und examinierte Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen in die Impfkampagne einbeziehen, endlich eine echte Werbekampagne fahren und endlich die unbürokratischen und dezentralen Impfungen ermöglichen.

Meine Damen und Herren, wir könnten darüber reden, dass es mit den Tests nicht klappt, weil es an Teststellen und nun sogar wieder an Tests fehlt, dass die Landesregierung die Präsenzpflicht an den Schulen aufhebt - was ja richtig ist, aber es geschieht mit der Begründung: weil man nicht genügend Tests hat. Das, Frau Ernst, ist doch ein politisches Armutzeugnis! Sie als Bildungsministerin haben in fast zwei Jahren der Pandemie keinerlei Vorbereitung geleistet. Sie müssen jedes Mal erst wochenlang überzeugt werden, um dann endlich mal Maßnahmen zu treffen.

Sie lassen wissentlich zu, dass eine Durchseuchung unserer Kinder stattfindet, weil Sie wichtige Maßnahmen verhindern oder

zu spät umsetzen, sei es die Maskenpflicht in der Grundschule, sei es eine schnelle und unbürokratische Bewilligung von Geldern für Lüftungsanlagen in den Schulen - davon reden wir seit zwei Jahren; Frau Dannenberg sagt es immer wieder -, sei es bei der Bereitstellung von Technik für Schülerinnen und Schüler. Der Umgang mit den Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern in dieser Pandemie ist ein einziges Trauerspiel von Missmanagement und Versagen, Frau Ministerin Ernst! Machen Sie die Schulen endlich sicher!

Und wir könnten darüber reden, dass die Menschen mit den Folgen von Schließungen wieder alleingelassen werden. Wir könnten darüber reden, dass die Maßnahmen schon wieder nicht stringent, nicht logisch sind, wenn zum Beispiel der Weihnachtsmarkt verboten ist, wir aber Wochenmärkte offen lassen und jetzt die Ersten anfangen, den Wochenmarkt weihnachtlich auszuschmücken, darüber, dass Weihnachtsmärkte in Teltow oder Bernau verboten, in Berlin aber erlaubt sind.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Die Maßnahmen sind nicht grundsätzlich falsch. Aber sie müssen logisch sein. Das Problem ist, dass diese Maßnahmen inkonsistent sind und eher für Verwirrung und Unverständnis sorgen als für Klarheit und Transparenz. Was wir aber brauchen, ist Transparenz, Klarheit und eine einheitliche Kommunikation. Sie schaffen eher Verwirrung und Unverständnis, und deswegen haben wir der Eindämmungsverordnung nicht zugestimmt, meine Damen und Herren.

Letztlich bleibt uns im Moment nämlich nur noch eines übrig, Herr Keller: Wir müssen jetzt die Kontakte reduzieren und das öffentliche Leben herunterfahren - anders wird es nicht gehen! Ich will es noch mal in aller Deutlichkeit sagen - nicht mit meinen Worten, sondern mit denen von Lothar Wieler: Es ist fünf nach zwölf! - Wir haben keine Zeit mehr, keine Zeit mehr für Rechthaberei, keine Zeit mehr für diese Salamitaktik bei den Maßnahmen, keine Zeit mehr für Organisationschaos und Verantwortungsspielpingpong. 50 000 Neuinfektionen bedeuten 400 Tote. Heute haben wir über 70 000 Neuinfektionen. Sie können sich ausrechnen, welches Leid das bedeuten wird.

Über all das, meine Damen und Herren, könnten wir reden, ja wir könnten auch darüber diskutieren, wir müssten sogar darüber diskutieren. Aber, Herr Berndt, darum geht es Ihnen gar nicht, nicht im Geringsten. Sie wollen diese Pandemie nicht bekämpfen, Sie bekämpfen lieber die Maßnahmen gegen die Pandemie. Sie wollen die Menschen nicht schützen, Sie machen ihnen mit Ihren Lügen Angst vor dem einzigen wirksamen Schutz, der Impfung.

(Zuruf: Sie machen den Menschen Angst!)

Damit forcieren Sie Regierungsversagen in Bund wie Land, und das nur aus einem einzigen Grund: um diesen Staat und seine Institutionen zu verhöhnen, ihn lächerlich zu machen - um ihn stückweise zu zer setzen und ihn dann zu übernehmen. Diese Strategie hatten in diesem Land schon andere vor Ihnen. Seien Sie sicher: Damit werden Sie nicht durchkommen! Bei allen Unterschieden werden wir alle dagegen zusammenstehen!

Heute ist auch ein guter Tag. Es wurde schon angesprochen: Die Europäische Arzneimittel-Agentur, EMA, hat heute - Sie werden es auch als Eilmeldung bekommen haben - den Impfstoff für Kinder von fünf bis elf Jahren freigegeben.

(Zuruf: Finger weg von den Kindern!)

Ich persönlich bin sehr dankbar dafür und ich hoffe, dass die STIKO nun ebenfalls schnell eine Empfehlung gibt, damit wir unsere Kinder schützen können.

(Zurufe)

Und deshalb rufe ich hier heute noch einmal alle Menschen auf, die uns zuschauen: Reduzieren Sie Ihre Kontakte!

(Zuruf: Unglaublich!)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Büttner (DIE LINKE):*

Nein, der AfD gebe ich kein Podium.

(Gelächter)

Geben Sie acht auf sich und Ihre Liebsten, und bitte: Lassen Sie sich impfen! Die Impfung ist der einzige nachhaltige Weg aus der Pandemie. Die Impfung ist Solidarität, und nur solidarisch kommen wir aus der Krise. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Auf der Redeliste steht Herr Abgeordneter Dr. Redmann. Er spricht für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als wir das letzte Mal hier zusammensaßen und über dieses traurige Thema sprachen, habe ich darauf hingewiesen, dass wir uns, was die Auslastung unserer Intensivstationen angeht, in einer sehr besorgnisregenden Dynamik befinden, darauf hingewiesen, dass wir ungefähr seit Oktober alle zwei Wochen eine Verdoppelung der Belegungszahlen zu beklagen haben: von 15 auf 30, von 30 auf 60. Und nun, wo wir dieses Mal zusammensitzen, hat sich die Zahl der belegten Intensivbetten erneut verdoppelt. Wir sind heute bei über 120 belegten Intensivbetten.

(Zuruf: Von wie vielen?)

Wenn diese Dynamik so weitergeht, haben wir in zwei Wochen 240 belegte Betten, in vier Wochen 480 belegte Betten und in sechs Wochen 960 belegte Betten. Da können Sie sich die Frage „Von wie vielen?“, die ich hier gerade gehört habe, sparen, weil es allein eine Frage der Zeit ist, bis die Überlastung eintritt.

(Unruhe)

Und wenn Sie die Situation, die ich Ihnen gerade geschildert habe, anhand der Zahlen des Lageberichtes nicht nachvollziehen können, möchte ich Ihnen eine Nachricht wiedergeben, die uns in dieser Woche erreicht hat, genauer gesagt, meine Kollegin Roswitha Schier. Die Nachricht stammt von einer Krankenschwester aus der Lausitz:

Liebe Roswitha, Ihr könnt Euch nicht annähernd vorstellen, wie rasant es in den Kliniken läuft. Die Coronafälle erstürmen gerade die Kliniken. Das Tempo macht Angst. Wir haben Sorge, die Ärzte werden alsbald triagieren müssen, das heißt: du ja, du nicht! - Und die Pflegekräfte werden ans Limit gefahren. Meine Mutti wird nun erst mal nicht operiert, und das, obwohl sie kaum noch laufen kann. Lukas' Freund: Stromschlag, 230 Volt - heißt eigentlich: 24-Stunden-Überwachung. Aber wohin, wenn kein Wachbett da ist? Und wir können nur weit weg verlegen. Wir arbeiten noch hochmotiviert. Alles geht wie einprogrammiert. Aber alle haben schon ordentlich Schiss, wo das hinführt.

Meine Damen und Herren, was ist eigentlich die Antwort der AfD auf diese Situation? Wo ist eigentlich Ihre Antwort?

(Zurufe)

Sie legen uns heute zwei Anträge vor, und in diesen Anträgen machen Sie zum einen den hochwirksamen Impfstoff schlecht - hochwirksam gegen die Einweisung in Krankenhäuser und auf Intensivstationen.

(Unruhe)

Und zum anderen fordern Sie die Aufhebung aller Eindämmungsmaßnahmen. Was antworten Sie eigentlich dieser Krankenschwester? Was ist Ihre Reaktion auf diese Lage auf den Intensivstationen? - Es ist keine Reaktion. Sie stecken den Kopf in den Sand, Sie ignorieren diese Lage, und Sie nehmen damit aus politischen Gründen mutwillig in Kauf, dass Menschen schwer erkranken, ja dass Menschen sterben, und das ist unverantwortlich!

Die Landesregierung hat in dieser Woche umsichtig gehandelt. Sie hat auch deshalb umsichtig gehandelt, weil sie noch auf Grundlage des alten Infektionsschutzgesetzes schnell weitreichende Eindämmungsmaßnahmen ergriffen hat. Ich bin mir aber wie der Kollege Keller nicht ganz sicher, ob diese Maßnahmen tatsächlich reichen werden. Zur Wahrheit gehört jedoch, dass wir auf Grundlage des jetzt geltenden Infektionsschutzgesetzes kaum weitere Maßnahmen ergreifen können. Insofern habe ich die große Hoffnung, dass auch die neue Mehrheit im Bundestag den Ernst der Lage erkennt und alsbald das Infektionsschutzgesetz vorsorglich überarbeitet, um den Ländern die Möglichkeit zu eröffnen, notfalls weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Ich hoffe sehr, dass die jetzt ergriffenen Maßnahmen ihre Wirkung zeigen: natürlich 3G, 2G, aber auch, was die Einsicht bei vielen Mitmenschen angeht. Wir erleben es gerade: Die Einsicht führt natürlich dazu, dass sich mehr Menschen impfen lassen. Sie führt auch dazu, dass die Menschen wieder umsichtiger miteinander umgehen. Jeder wird wahrscheinlich auch im privaten Umfeld erlebt haben, dass zum Beispiel Geburtstagsfeiern abgesagt oder verschoben wurden, dass man, auch wenn man sich unter Geimpften trifft, vorher doch lieber einen Test macht, um einen Beitrag zu leisten.

Ich kann nur sagen, dass dieses individuelle Verhalten, diese individuelle Verantwortung jedes Einzelnen am Ende darüber entscheiden wird, ob wir noch mal mit einem blauen Auge davonkommen oder ob es ein sehr trauriges Weihnachten wird.

Insofern kann ich nur an alle Mitmenschen appellieren, das ihrige zu tun, um dieser Krise Einhalt zu gebieten, durch Impfung, durch Boosterimpfung, durch Testung, durch Kontaktvermeidung.

Ich will auch den Versuch nicht aufgeben, an die größte Oppositionsfraktion hier im Saal zu appellieren. Ja, Opposition ist dafür da, Kritik zu äußern. Opposition ist dafür da, auch alternative Vorschläge zu machen, Dinge anders zu sehen, Regierungshandeln zu hinterfragen. Aber wenn wir in einer Situation sind, in der Menschen sterben, in der es wirklich ernst wird und die gesundheitliche Versorgung unserer Mitmenschen auf dem Spiel steht, kann und muss man auch von der größten Oppositionsfraktion in diesem Land erwarten können, dass sie Verantwortung zeigt und ihren Beitrag dazu leistet, dass nicht unnötig mehr Menschen sterben, dass nicht unnötig mehr Menschen schwer erkranken. - Leider lassen Sie diese Verantwortung heute vermissen, und das ist schändlich.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Dr. Berndt hat eine Kurzintervention angemeldet. Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege Redmann, Verantwortung in Ihrer Position zu übernehmen würde heißen, als Regierungskoalition, als Regierung zu lernen - zu lernen aus über 20 Monaten Pandemiegeschehen. Sie haben nichts gelernt, Sie haben kein bisschen dazugelernt, Sie reden heute wie im März 2020 mit all der gleichen Panikmache. Sie reden wieder von einer drohenden Überlastung des Gesundheitssystems, wie Sie das ganze Jahr 2020 geredet haben und wie es von Matthias Schrappe und anderen widerlegt wurde. Es war nicht wahr, die Krankenhäuser waren historisch wenig ausgelastet. Es war nicht so, dass die Intensivstationen mit Covid-19-Patienten überlastet waren. Sie haben nichts dazugelernt.

Das Zweite, was Sie hätten dazulernen sollen, ist, solide Daten zu erheben. Sie betreiben immer noch eine Politik im Blindflug. Wir haben bis heute keine repräsentativen Daten zur Immunität und zur Ausbreitung des Virus. Wir haben nur Ihre wertlosen Inzidenzen. Und Sie wiederholen, ohne dass Sie ein bisschen dazugelernt hätten - nicht nur Sie, Herr Redmann, sondern auch die anderen, die hier geredet haben -, Ihr Impfmantra. Ich verstehe Ihre kognitive Dissonanz nicht. Wir haben dargestellt: Die Inzidenzen, so schlecht, wie sie sind, sind jetzt fünfmal so hoch wie vor einem Jahr, bei einer Impfquote bei Erwachsenen von 80 % deutschlandweit, in Brandenburg von 70 %. Kriegen Sie das nicht mal zusammen? Und das Beispiel, das Sie genannt haben, Herr Redmann - wenn eine Krankenschwester jetzt immer noch, im Herbst 2021, die Situation genauso beschreibt - , ist doch ein Beispiel dafür, dass Ihre Maßnahmen nicht gewirkt haben.

Ich will noch sagen - die Zeit läuft ab -: Sie betrachten nicht die Kollateralschäden Ihrer Politik, nicht die Krebstoten, die nicht regulär behandelt wurden, nicht die Depressiven, nicht die Herz-Kreislauf-Erkrankten, nicht die Übersterblichkeit infolge der Maßnahmen, eventuell auch der Impfungen.

Wir haben Alternativen dargelegt: medikamentöse Behandlung, von der Sie nichts wissen wollen, repräsentative Tests und eine ordentliche Prophylaxe - wenn Sie auf uns gehört hätten - und eine ordentliche Prämie für Beschäftigte im Gesundheitswesen, in der Altenpflege, auf den Intensivstationen. Das haben wir im Februar vorgeschlagen, das hätte geholfen, hätten Sie mal zugehört.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Dr. Redmann, möchten Sie auf die Kurzintervention reagieren? - Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Herr Kollege Berndt, ich habe feststellen müssen, dass meine Hoffnung unbegründet war und dass Sie den Ernst der Situation in den Krankenhäusern nicht nur ignorieren, sondern aktiv leugnen.

(Zuruf: Sie sind doch schuld daran!)

Wer so mit den Krankenhäusern umgeht, wer so mit den Beschäftigten umgeht!

(Zuruf)

- Natürlich, Sie haben selbst doch gerade ausgeführt, es gäbe da gar keine Überlastung usw.

(Zuruf: Die Betten in den Krankenhäusern sind doch abgebaut worden!)

So kann man doch nicht mit den Mitarbeitern in den Krankenhäusern, die da gerade einen richtig schweren Job machen, umgehen.

(Unruhe)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie darum, dass Sie einander zuhören.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Haben Sie doch einmal bitte ein bisschen Mitgefühl mit den Leuten, die da gerade einen wirklich schweren Job machen! Und leisten Sie auch einen Beitrag dazu, dass wir diese Pandemie in den Griff bekommen! Und versuchen Sie nicht, an allen Ecken und Enden Stöcke in die Speichen zu stecken!

Ihr Ziel ist es doch, dass es zu einer Überlastung kommt. Sie wollen doch dieses Chaos herbeiführen. Ich habe Sie häufiger Scharlatan genannt. Das war komplett berechtigt und ist es, wenn ich sehe, wie Sie heute wieder argumentieren, weiterhin.

Zum Vergleich 2020/2021: Sie wissen wohl, dass wir zu diesem Zeitpunkt im Jahr 2020 Eindämmungsmaßnahmen, Lockdownmaßnahmen schon lange ergriffen hatten, die auch ihre Wirkung entfaltet haben - eine Wirkung, die Sie ja immer bezweifelt haben.

Sie sehen, dass wir heute, bei einer viel höheren Inzidenz, nur etwa genauso viele Patienten in den Krankenhäusern haben - oder nur ein bisschen mehr.

(Zuruf)

- Warum? Weil wir in diesem Jahr keine Lockdownmaßnahmen hatten. Das ist doch die Begründung.

Und die Impfung: Ich würde mir wünschen, dass sie gegen die Delta-Variante genauso funktioniert wie gegen die Ursprungsvariante. Und natürlich würde ich mir wünschen, dass sie auch Infektionen besser verhindert. Aber sie wirkt doch in einem unbestreitbaren Maße gegen die Einweisung in Krankenhäuser, gegen die Belegung von Intensivbetten. Gucken Sie doch mal, wer auf den Intensivstationen liegt!

(Zurufe: Ja, da liegen die Geimpften! Gucken Sie mal!)

- Ich habe Ihnen doch beim letzten Mal schon erklärt, dass Sie auch aus den Zahlen, die Sie immer zitieren, ziemlich einfach errechnen können, dass das Risiko, auf der Intensivstation zu landen, wenn man ungeimpft ist, um Faktor zehn höher ist, als wenn man geimpft ist. Hören Sie auf, das zu leugnen, Herr Berndt!

(Dr. Berndt [AfD]: Wenn man ungeimpft ist, ist der Faktor um 50 höher, dass man überlebt! Gucken Sie sich den RKI-Bericht an!)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, heute bräuchte ich zum ersten Mal in diesem Raum die Glocke. Können wir uns darauf verständigen, wieder einander zuzuhören?

(Unruhe)

So, jetzt geht es wieder. Ich bitte um weitere Beruhigung. Wir wollen unsere Aufmerksamkeit dem nächsten Redner widmen. Herr Abgeordneter Stefke hat für die BVB / FREIE WÄHLER Fraktion das Wort. Bitte schön.

Herr Abg. Stefke (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen! Wir gehen mittlerweile ins dritte Jahr der Coronapandemie. Anfang 2020 war die Welt, auch in Brandenburg, von SARS-CoV-2 und Covid-19 völlig überrascht; überrascht, was das Ausmaß und die Gefährlichkeit des Virus anbelangte, und überfragt, wie es in den Griff zu bekommen ist. Alle - Ärzte, Labomediziner, Virologen und Epidemiologen, Regierung und Verwaltung - standen vor einem Phänomen, das man im 21. Jahrhundert so noch nicht kannte und das sich so schnell verbreitete.

Coronaviren gab es zwar schon, aber diese Variante unterscheidet sich gravierend von allen anderen bekannten Varianten hinsichtlich der Geschwindigkeit, mit der sie sich rund um den Erdball verbreitet, und ihre Mutation macht eine wirksame Bekämpfung so schwierig. Schnell wurde der Vergleich mit dem Schwarzen Tod, wie die Pest auch genannt wurde, die im 13. Jahrhundert Millionen von Toten in Europa zur Folge hatte, gezogen. Und obwohl Wissenschaft und Forschung seither einen enormen Entwicklungsfortschritt gemacht haben, dauerte es seine Zeit, bis der Ausbruchsherd ermittelt und der Weg dieses speziellen Virus zurückverfolgt werden konnte. Hundertprozentig klären wird man das wohl nie.

Mehr als zweieinhalb Jahre sind seitdem vergangen. Allein 13 Sondersitzungen haben zu diesem Thema stattgefunden, in

denen Regierung und Landtag über den richtigen Weg aus der Pandemie beraten und - ja - auch gestritten haben. Bei wohl kaum einem Thema hat eine Opposition so lange so viel Nachsicht mit einer Regierung gehabt wie bei SARS-CoV-2 und Covid-19. Ich meine die verantwortungsbewusste, nicht die populistische Opposition.

Auch wir haben der Regierung geraume Zeit zugestanden, weil sie sich in dieser unplanbaren, besonderen und extrem herausfordernden Situation in einer Phase befand, in der man sich zunächst orientieren und sich komplexes Wissen aneignen musste, bevor man die dann hoffentlich richtigen Entscheidungen trifft. Das ist in den Plenarprotokollen nachzulesen. Auch heute gestehen wir der Landesregierung zu, dass wir uns - weiterhin - in einer volatilen Lage befinden, die schnelle Veränderungen in sich birgt.

So weit, so gut - oder auch nicht. Denn bei allem Langmut gibt es berechtigte Kritik, die man weiß Gott nicht als übliche Nörgelei der Opposition abtun kann.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Lage heute nicht vergleichbar mit der im Jahr 2020 ist. Das Virus ist nicht mehr die Unbekannte, die es noch im Februar vergangenen Jahres war. Es gibt - anders als im Frühjahr vergangenen Jahres - ausreichend Mund-Nasen-Bedeckungen, also medizinische oder FFP-2-Masken. Es gibt Impfstoffe, die einen weitestgehenden Schutz gegen das Virus bieten, wenngleich sie aufgefrischt werden müssen. Wir wissen mehr darüber, wer an welchen Orten besonders gefährdet ist, und wir wissen auch mehr darüber, welche Maßnahmen wirken und welche eher nicht. Was jetzt gefragt ist, ist, mit diesem Wissen die richtigen und notwendigen Maßnahmen zu beschließen, um im kommenden Halbjahr die Pandemie ohne solch große Verluste wie noch im letzten Winter zu überstehen.

Aber noch etwas ist wichtig: Selbstverständlich steht immer noch die Vermeidung einer hohen Zahl von Toten und Long-Covid-Erkrankten im Vordergrund aller Überlegungen und Entscheidungen. Dennoch dürfen die verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte nicht als nebensächlich betrachtet und en passant ausgesetzt werden - jedenfalls nicht über einen längeren Zeitraum als nötig. BVB / FREIE WÄHLER verfolgen mit Sorge, dass viele - nach unserem Verständnis zu viele - Amts- und Mandatsträger bereit sind, die Grundrechte in dieser zugegeben schwierigen Situation in den Hintergrund treten zu lassen. Wir werden immer unsere Stimme erheben, wenn diese Grundrechte nicht die Wertschätzung erfahren, die ihnen gebührt.

Gleichfalls werden wir denjenigen eine Stimme geben, die in dieser Zeit begründet ängstlich, skeptisch oder gar misstrauisch sind - nicht den notorischen Coronaleugnern, den lautstarken Verschwörungstheoretikern oder denen, die diese Pandemie lediglich zum eigenen politischen Vorteil nutzen wollen, aber denjenigen, die beispielsweise nachvollziehbare Bedenken gegen die Impfung haben, oder denjenigen, die beispielsweise in den diversen Talkshows mitverfolgt haben, dass es auch unter den Experten teils sehr unterschiedliche Auffassungen über den richtigen Weg aus der Pandemie gibt, und deshalb verunsichert sind, oder denjenigen, die einfach nur ihr Grundrecht auf eine freie und selbstbestimmte Entscheidung in Anspruch nehmen wollen und die jeden direkten oder auch indirekten staatlichen Zwang oder als solchen empfundene aus tiefster innerer Überzeugung und vielleicht sogar leidvoller eigener Erfahrung ablehnen.

Man kann und man darf diese Menschen nicht als unbelehrbar stigmatisieren. Andernfalls läuft man Gefahr, dass sie sich aus dem demokratischen Spektrum verabschieden und denen zu-

wenden, die es sich tatsächlich zu leicht machen oder sie für Absichten vereinnahmen, die sich im Grunde gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten.

Nach unserer Beurteilung haben viele Entscheidungsträger nicht im Blick, welche gravierenden Auswirkungen dies für die politische Landschaft hätte und in Deutschland auf Jahre hinaus bedeuten kann.

Zu der heutigen Aussprache gehört für uns auch, zu sagen, was wir für geboten halten und was wir kritisch sehen. Wir bleiben bei einer schon vor geraumer Zeit erhobenen Forderung nach gründlicher Untersuchung der Infektionsorte. Wäre dies geschehen, würden sich einige Einschränkungen für Bürger und Wirtschaft sicher vermeiden lassen. Stattdessen hat man eine halbe Million Euro für eine Beraterfirma ausgegeben, deren Notwendigkeit höchst fragwürdig war. Wir bleiben auch bei unserer Forderung nach einer Ausweitung des Impfangebots dort, wo Menschen naturgemäß häufig anzutreffen sind. Die Spritze muss in größerem Maße zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt. Deshalb begrüßen wir als einen Schritt dorthin die von Ministerin Schüle angekündigte „ImpfKulTour“.

Den Fehler, das kostenlose Testen einzustellen, hat Gesundheitsministerin Nonnemacher eingeräumt. Es war ein Irrglaube, darüber die Impfquote signifikant erhöhen zu können. Jetzt muss schnell ein enges Netz von Teststellen aufgebaut werden, die die Menschen in Wohnnähe und an allen sieben Wochentagen erreichen können. Gleichfalls war der frühzeitige Abbau der Impfzentren ein Fehler, denn das vertragsärztliche Regelsystem allein wird es nicht schaffen. Wir haben es im Frühjahr für eine richtige Entscheidung gehalten, den Impflogistikstab vom Gesundheitsministerium, wenn auch zeitlich begrenzt, zum Innenministerium umzusiedeln. Die Rückverlegung im Juli war unserer Einschätzung nach verfrüht. Es besteht die Sorge, dass die angekündigten über 100 Impfstellen im Land mit 160 000 Impfungen pro Woche - vor allem die wichtigen Boosterimpfungen für die vulnerablen Gruppen - erneut nicht vom MSGIV organisiert werden können.

Letzter Satz zum Verbot von Weihnachtsmärkten, was nun wirklich kein Glanzstück Ihrer Eindämmungspolitik ist: Kaum waren die Buden aufgebaut, wurde den Händlern mitgeteilt, dass sie sie wieder abbauen müssen. Das steht im krassen Gegensatz zu Aussagen von führenden Aerosol-Experten, beispielsweise des früheren Präsidenten der Internationalen Gesellschaft für Aerosol-Medizin oder des Präsidenten der Gesellschaft für Aerosol-Forschung, die da ganz andere Meinungen äußern. Herr Ministerpräsident, wir fordern Sie deshalb zur Korrektur Ihrer offenkundigen Fehlentscheidung auf.

Wie es an den Schulen aussieht, hat die Fraktion DIE LINKE hier bereits umfänglich ausgeführt: auch kein Ruhmesblatt für die Koalition.

Wir haben aus vorgenannten Gründen der Eindämmungsverordnung vorhin im Gesundheitsausschuss nicht zugestimmt. Es gäbe mehr zu dem Thema zu sagen, aber es wird heute nicht die letzte Landtagssitzung dazu gewesen sein. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Als Nächster spricht der Abgeordnete Raschke für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin - schön, Sie wieder hier zu haben. Sehr geehrte Gäste am Livestream! Werte Abgeordnete! Wir sind zur Aussprache zur Notlage und zu Corona zusammengekommen. Und wie üblich bin ich der letzte Redner der Fraktionen, und wie üblich ist vieles vorher schon gesagt worden.

Es ist vieles gesagt worden über die Überlastung, vor der unsere Gesundheitsämter stehen, vor der viele Familien stehen, vor denen vor allem unsere Krankenhäuser stehen. Deswegen will ich das jetzt gar nicht alles wiederholen, sondern mich auf zwei Punkte konzentrieren: Nämlich erstens: Wie kommt es dazu, dass wir jetzt vor dieser Notlage stehen? Und zweitens: Wie kann es jetzt weitergehen?

Erstens: Wieso stehen wir da, wo wir stehen, nicht nur vor der Notlage, sondern auch davor, dass wir bundesweit plötzlich so kurzfristig Maßnahmen einführen, dass nicht alle schnell zu unserer Zufriedenheit umsetzbar sind? Das ist sicherlich eine große Frage, viel Stoff für die Forschung. Ich will es bei drei Gründen belassen. Der erste und sicherlich nicht der wichtigste: Es gibt in diesem Land Spalter und Hetzer, die alles dafür tun, die sich in dieser Krise eingerichtet haben, die daraus Kapital schlagen, die wollen, dass es so bleibt. Aber ich will ganz deutlich sagen: Das ist aus meiner Sicht nicht der wichtigste Grund. Der wichtigste Grund ist, dass wir ihnen vielleicht den Raum dafür gelassen haben.

Denn der zweite Grund ist aus meiner Sicht, dass es diesem Land ein gutes Stück an Führung fehlte. Der allergrößte Teil der politischen Energie floss in diesem Jahr in den Wahlkampf. Ein besonderer Wahlkampf! Wir haben dieses Jahr erlebt - vielleicht erinnert sich der eine oder die andere daran, Stichwort Osterruhe -, dass das Bundeskanzleramt und die geschätzte Kanzlerin sehr viel an Autorität einbüßen mussten. Wir haben im Bund einen Machtwechsel erlebt, und in der Übergangszeit stellen sich natürlich immer Führungsfragen. Das alles trifft nun auf die vierte Welle, und wir müssen nüchtern festhalten: Es gab zu wenig Führung in diesem Land und zu wenig Aufmerksamkeit für das Thema Corona.

Aber die gute Nachricht ist: Gestern wurde der Entwurf des neuen Koalitionsvertrags vorgestellt. Wir werden im Bund in Kürze eine handlungsfähige Regierung haben. Nicht nur das macht zuversichtlich, sondern auch - und das ist ganz wichtig -, dass im neuen Koalitionsvertrag zwei Dinge stehen: eine Expertinnen- und Expertenkommission und vor allem ein Krisenstab Corona im Kanzleramt. Es sind also gute Nachrichten und gute Hoffnungen.

Damit bin ich auch schon beim dritten Grund. Ich glaube, den dürfen wir alle bei uns selber suchen. Das Stichwort ist Hoffnung. Viele von uns sind der trügerischen Hoffnung erlegen, dass wir mit leichten Maßnahmen durch diese Krise kommen, dass viel Testen und die Maskenpflicht reichen werden, um die vierte Welle zu verhindern. Das ist eine Hoffnung, die in der Bevölkerung in Brandenburg in großen Teilen verbreitet war, die nicht mehr so stark, aber immer noch vorhanden ist. Das kann man sehr gut am Impfen festmachen. Wir hatten einen Run, wir hatten zu wenig Ärzte, zu wenig Impfstoff. Nachdem wir das alles organisiert hatten, ist im Sommer - wir alle erinnern uns - die Nachfrage eingebrochen. Genau das Gleiche bei den AHA-Regeln, bei den Hygieneregeln - wenn man sich umschaut, stellt man doch fest: Man wird da sehr viel laxer. Und das gilt nicht nur für die Bevölkerung, das gilt natürlich auch hier für die Landespolitik. Wenn ich auf die Debatten hier in diesem Haus zurückblicke,

stelle ich fest: Es gab sehr viel von dieser trügerischen Hoffnung. Und da will ich nicht mit dem Finger auf andere zeigen, da darf hier jeder und jede bei sich selber anfangen und sich fragen. Ich kann da nur für uns oder für mich sprechen:

Wir Grünen gehören ja eher zum Team Vorsicht und haben hier die Rolle, zu mahnen und so. Ich gebe zu, bei mir gab es mehr Tage, an denen ich eher fatalistisch unterwegs war und dachte: Wir können machen, was wir wollen, die Leute wollen nicht, wir rennen ins Verderben. - Vor allem aber gab es auch Tage - auch bei mir -, an denen ich dachte: Das wird schon, wir kommen mit diesen Maßnahmen durch die Krise und wir haben genug getan. - Diese Hoffnung war trügerisch, sie war falsch. Wir werden mit diesen Maßnahmen - das ist jetzt eindeutig klar - nicht durch die Pandemie kommen und die Pandemie nicht beenden.

Damit bin ich beim letzten Punkt: Wie machen wir denn nun in den nächsten Tagen und bis Weihnachten, bis Ostern weiter? Dafür braucht es klare Maßnahmen und, ich glaube, dafür braucht es auch Leitsätze. Zu den Maßnahmen ist jetzt viel gesagt worden. Es ist richtig, dass wir die Kontakte reduzieren. Ich will zwei Punkte besonders nennen, die für uns als Grüne-Fraktion enorm wichtig waren.

Erstens, 3G im öffentlichen Nahverkehr: Darum haben wir in der Fraktion hart gerungen. Denn es ist richtig, dass man da das Risiko reduziert, aber es kommt doch sehr auf die Umsetzung an. Wenn man in ländlichen Räumen unterwegs ist, muss man schließlich erst einmal zum Testzentrum kommen.

(Zurufe: Aha!)

Es ist also gut, dass der Bund jetzt klare Umsetzungsregeln schaffen will.

(Zurufe)

- Sie müssen nicht so tun, werte Damen und Herren von der AfD, als wäre das ein Problem, das Sie allein erkannt haben. Das hat die gesamte Koalition erkannt, das hat der Bund erkannt und daran wird hart gearbeitet.

(Zurufe)

Der zweite Punkt ist das Thema Ausgangsbeschränkungen.

(Zurufe)

- Ich weiß, getroffene Hunde bellen. Aber Sie bellen heute ärgerlich laut; vielleicht könnten Sie sich mal ein bisschen beschränken.

„Beschränken“ ist auch das Stichwort: Ausgangsbeschränkungen. Da haben wir es weder uns noch den Koalitionspartnern hier leicht gemacht, denn es ist ein massiver Eingriff. Aber er ist jetzt zeitlich begrenzt, er ist jetzt räumlich begrenzt, und vor allem ist er das, was er sein soll: die letzte Maßnahme. Wir haben alles andere ergriffen. Wenn wir uns umschauen und in unseren Instrumentenkisten schauen, erkennen wir: Wir haben alles andere getan.

(Zuruf)

Dazu gehört vor allem der Schutz der Kinder. Ich möchte mich ausdrücklich bei Britta Ernst dafür bedanken, dass wir es jetzt geschafft haben, dass die Präsenzpflicht ausgesetzt wird und wir uns dem täglichen Testen nähern. Herzlichen Dank!

Das alles hilft aber nur kurzfristig, und darüber, ob wir damit den Lockdown verhindern können, bestehen Zweifel. Auch ich habe bestimmte Erwartungen an die nächste Ministerpräsidentenkonferenz, lieber Jan Redmann.

Wir sind uns hier aber einig: Mittelfristig wird nur Impfen helfen, die Pandemie zu überwinden. Da danke ich Ursula Nonnemacher und der ganzen Regierung für den jüngsten Impfgipfel, für den Versuch, dort eine Koalition der Willigen zusammenzuschmieden. Und es gibt sie, die Willigen in diesem Land. Es gibt Krankenhäuser, die sagen: Wir werden jetzt Impfzentrum. - Die bekommen mehr Impfstoff. Es gibt Kultureinrichtungen, die sich beteiligen, es gibt Kinderärzte, die mitmachen. Es gibt auch Apothekerinnen und Apotheker sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte, die sagen: Ich wäre bereit zu impfen. - Ich finde es völlig richtig, dass die Landesregierung und die Bundesregierung nun versuchen, das zu öffnen und diese Möglichkeit für alle, die da können und wollen, auch zu schaffen.

Es sind viele Maßnahmen, die wir ergreifen müssen. In dem Klein-Klein darf eines nicht verloren gehen, nämlich der Kompass. Deswegen komme ich zum Schluss noch zu den Leitlinien. Woran orientieren wir uns? Natürlich an der Verhältnismäßigkeit, natürlich an der praktischen Umsetzbarkeit. Aber vor allem zwei Dinge will ich benennen - eines hat Daniel Keller schon genannt -: Kinder und Jugendliche haben Priorität. Wir versuchen, die Kitas und die Schulen so lange sicher offen zu halten, wie es geht, weil wir wissen, dass ihr da draußen Gleichaltrige braucht.

(Zuruf: Sie sind nicht sicher!)

Wir wissen: Menschen brauchen Menschen, und Kinder brauchen Kinder.

Damit bin ich beim letzten Punkt: Menschen brauchen Menschen. Wir haben sehr viel Spaltung in der Gesellschaft. Auch heute wurde wieder versucht, sie zu schüren. Die letzte Leitlinie ist einfach, aber wichtig, nämlich: Alle Menschen sind gleich viel wert. - Und daran ändert auch ein Impfpass oder eine 3G- oder 2G-Regel nichts, Herr Berndt. Ich will es konkret machen: Es gibt die Debatte, ob Ungeimpfte in Krankenhäusern schlechter behandelt werden sollen. Dazu sage ich ganz klar: Nein! Denn im medizinischen Notfall ist es egal, ob man einen Fahrradhelm getragen hat oder nicht, ob man raucht oder nicht, ob man geimpft ist oder nicht. In jedem Fall liegt dort ein Mensch, der Hilfe braucht. Wir alle hier arbeiten hart daran, die Triage zu verhindern und dafür zu sorgen, dass alle Patienten denselben Anspruch auf medizinische Behandlung haben.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE):

Nein, danke.

Aber - das will ich zum Schluss sagen - diese Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wer Solidarität haben will, muss sie auch geben.

Es gibt Gründe dafür, sich nicht impfen zu lassen, Herr Stefke. Es gibt Menschen, die gute Gründe dafür haben. Aber es gibt auch viele, die es aus Trotz oder Unüberlegtheit noch nicht tun. An all diese habe ich eine Bitte: Beziehen Sie doch ein, was sie den völlig überlasteten Mitarbeitenden auf den Intensivstationen antun. Beziehen Sie ein, dass da Plätze in Anspruch genommen werden, die für viele andere Dinge dringend nötig sind. Beziehen Sie das bitte alles in Ihre Überlegungen ein. Gehen Sie zum Impfen. Und vor allem: Bleiben wir zusammen und lassen wir uns von denen da nicht spalten. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Für die Landesregierung spricht Herr Ministerpräsident Dr. Woidke. Bitte schön.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns im Land Brandenburg in einer akuten Notsituation. Alle drei Wochen verdoppelt sich die Zahl der Menschen mit Covid-19, die auf Intensivstationen behandelt werden müssen. Alle zwei Wochen verdoppelt sich die Zahl der Menschen, die nachweislich mit Covid-19 infiziert sind. Es sind Menschen, die mit schweren Verläufen ins Krankenhaus kommen. Es sind Menschen, die mit besonders schweren Verläufen auf der Intensivstation gepflegt und meist beatmet werden müssen. Und es sind Menschen, die schlussendlich an Covid-19 sterben. Ich glaube, das muss man sich verdeutlichen. Ich bin den Rednerinnen und Rednern dankbar, die die Zahl genannt haben: dass wir mit dem heutigen Tag die Hunderttausendermarke in Deutschland überschritten haben. Mehr als 100 000 Menschen sind an oder mit Covid-19 gestorben. Das sind mehr als 100 000 Schicksale - Mütter, Väter, Brüder, Schwestern, Freunde, Verwandte.

Dass Sie das Ganze lächerlich finden, dass Sie vor einem Jahr behauptet haben, es gebe gar kein Covid-19 - ich kann mich

(Zurufe)

an Ihren Fraktionsvorsitzenden erinnern, der im letzten Sommer hier an diesem Pult gesagt hat, die Pandemie sei vorbei; das lässt sich nachlesen, Herr Berndt -, dass Sie heute behaupten, das Impfen würde nichts taugen und nichts bringen,

(Zuruf: Stimmt ja auch!)

und dass Sie heute behaupten, wir würden die Gesellschaft spalten - wir, die alles dafür tun, Menschenleben zu retten -,

(Zuruf: Sie allein!)

zeigt nur eines: Ihnen fehlt jeglicher moralische Kompass. Darauber sollten Sie mal nachdenken.

Kurz bevor ich in diese Sitzung kam, habe ich mit dem Geschäftsführer des Carl-Thiem-Klinikums, Götz Broermann, telefoniert. Er hat mir die Zahlen für das Klinikum in Cottbus genannt, und ich möchte sie auch hier nennen: Es sind 50 Patienten in sieben Tagen - jeden einzelnen Tag zwischen sieben und neun neue Patienten -, die ins Krankenhaus eingeliefert werden, nur in diesem einen Haus in Brandenburg, von denen der größte Teil - das will ich hier auch noch einmal sagen - Ungeimpfte sind. Wenn Sie gegenrechnen, wie viele Menschen mittlerweile geimpft sind, lässt sich schon an dieser Statistik ablesen, dass das

Impfen hilft, dass das Impfen Infektionen verhindert und dass das Impfen Menschenleben rettet.

Wenn Sie mit Beschäftigten in Krankenhäusern reden - ich bin Herrn Redmann sehr dankbar, der die E-Mail einer Beschäftigten an Frau Schier verlesen hat -, stellen Sie fest, dass sie von uns mindestens zwei Dinge erwarten: erstens Respekt für das, was sie jeden Tag leisten

(Zuruf)

an den Covid-19-Patienten, aber auch an vielen anderen Menschen, für die sie da sind, und zweitens, dass wir hier alles dafür tun, eine stärker werdende Überlastungssituation zu vermeiden und zu verhindern.

(Zurufe)

Das geht nur über zwei Wege - ich beantworte jetzt keine Fragen, schon gar nicht von Ihnen -: erstens möglichst schnell möglichst viele Menschen impfen und damit schützen und zweitens die richtigen Entscheidungen treffen, um Kontakte einzuschränken.

(Zuruf: Immer das Gleiche!)

Deswegen auch hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einmal mein Appell an die Brandenburgerinnen und Brandenburger, die viel genauer als die Herren und Damen, die hier rechts von mir sitzen, wissen, wie bedrohlich, wie gefährlich und wie schwerwiegend diese Erkrankung sein kann: Ich weiß, dass die Brandenburger aufeinander achten. Das müssen wir, liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger, auch weiter tun. Wir brauchen weiterhin Abstand, wir müssen unsere Kontakte beschränken. Und das Wichtigste habe ich vorher schon genannt: Wir müssen uns so schnell wie möglich impfen lassen.

Wir arbeiten daran - Ursula Nonnemacher wird etwas dazu sagen ...

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Ministerpräsident, würden Sie ...

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Nein. - ... dass wir möglichst niedrigschwellige, einfache Impfanbote so schnell wie möglich im Land ausrollen. Es gibt da deutliche Fortschritte. Ich bin den Oberbürgermeistern und Landräten und natürlich genauso den Landrätinnen dankbar, dass sie die Situation sehr ernst nehmen und mit großer Anstrengung an diesen Fragen arbeiten.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben am Dienstag im Kabinett eine neue Eindämmungsverordnung beschließen müssen. Ja, es ist eine Eindämmungsverordnung mit sehr harten Maßnahmen,

(Zuruf: Da freuen Sie sich doch!)

mit Maßnahmen, die in Teilen Grundrechte einschränken, mit Maßnahmen, die Freiheiten beschränken, mit Maßnahmen, die auch das gesellschaftliche und soziale Leben in Brandenburg beeinflussen.

Wir haben diese Maßnahmen aber in dem Wissen um die Gefährlichkeit der Pandemie beschlossen. Wir haben diese Maßnahmen in dem Wissen um die Dynamik beschlossen, die es gerade in den letzten Wochen und Monaten gegeben hat und die, wenn sie sich weiter so ungebremst ausbreiten kann, unser Gesundheitssystem nicht nur an die Belastungsgrenze - da sind wir heute schon -, sondern über die Belastungsgrenze hinaus mit dann deutlichen Folgen für die zu behandelnden Patientinnen und Patienten bringen wird.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Nein. Danke.

(Zurufe)

Die Liste der Maßnahmen ist lang. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal etwas zu zwei Entscheidungen sagen, die mir besonders schwergefallen sind, die uns allen als Kabinett besonders schwergefallen sind: Das ist erstens die Frage der Ausgangsbeschränkungen.

(Zuruf: Wer soll Ihnen denn das noch glauben?!)

Wir wissen, dass die Ausgangsbeschränkung eine sehr harte Maßnahme für viele Menschen ist, dass viele Menschen, die noch nicht geimpft sind, jetzt von dieser Ausgangsbeschränkung betroffen sind - mit heutigem Tag sechs Landkreise in Brandenburg. Wir wissen aus vorhergehenden Maßnahmenkatalogen, aus denen wir Maßnahmen treffen mussten, aber auch, dass eine solche Ausgangsbeschränkung durchaus auch Effekte hat,

(Zuruf: Das ist eine Drangsalierung der Bürger!)

und ich glaube, dass sie deshalb auch angemessen ist.

Ein zweiter Punkt, der uns sehr schwergefallen ist, ist die Frage der Weihnachtsmärkte. Wir haben auch intensiv mit den Oberbürgermeistern und Landräten darüber gesprochen: Ist es die richtige Maßnahme? - Uns allen ist es sehr, sehr schwergefallen. Wir alle vermissen es, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, in glänzende Kinderaugen zu blicken, mit Freunden ein Glas Glühwein zu trinken, eine schöne Zeit zu erleben und sich einfach auf die Weihnachtszeit einzustimmen. Aber ich nehme diese romantische vorweihnachtliche Stimmung gegen das, was ein paar hundert Meter weiter im Krankenhaus passiert, wo Menschen über die Flure rennen, wo Menschen nicht mehr behandelt werden können - eventuell wegen einer schweren Covid-19-Infektion -, wo die Pflegerinnen und Pfleger heute schon an der Grenze ihrer Belastbarkeit angekommen sind. Das war eine schwere Abwägung, die wir treffen mussten, und ich möchte hier volles Verständnis auch für die Menschen, die direkt davon betroffen sind - es sind viele direkt davon betroffen, die sich darauf gefreut haben, aber speziell die Händlerinnen und Händler -, zum Ausdruck bringen und sagen, dass wir hier alles tun werden, um ihnen wirtschaftlich zumindest beizustehen und die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten.

(Zuruf)

Ich persönlich bin der Überzeugung, dass diese Maßnahmen, die wir getroffen haben, nicht in drei oder vier Tagen wirken werden - das wissen wir auch aus der Pandemie: Die Maßnahmen brauchen Zeit.

Wir brauchen auch etwas Geduld, wir brauchen aber auch etwas, was noch viel dringender ist: Wir brauchen das Verständnis und die Unterstützung der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Jeder Einzelne von uns kann mit seinem Verhalten und muss auch mit seinem Verhalten dazu beitragen, dass wir auch diese vierte Welle der Pandemie möglichst gut überstehen. Es wird nicht leicht. Wir als Landesregierung werden das Nötige dafür tun und allen Unterstützung geben, die uns dabei helfen. Aber: Auf uns alle kommt es an! - Herzlichen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung ist auch Frau Ministerin Nonnemacher angekündigt. Sie haben das Wort, bitte schön.

Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Nonnemacher:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Jeden Tag ein neuer Rekord: Heute haben wir in der Bundesrepublik Deutschland 75 961 Neuerkrankungsfälle, in Brandenburg 3 813 - so viel wie noch nie! Heute liegt bei uns in Brandenburg die Sieben-Tage-Inzidenz bei 655,7. 15,9 % unserer betreibbaren Intensivbetten sind im Landesdurchschnitt belegt. Wir belegen jetzt nach Sachsen und Thüringen - noch vor Bayern - in der Infektionsdynamik den dritten Platz im Ländervergleich.

Vier Landkreise haben die 1 000er-Marke überschritten, sechs die neue Hotspot-Grenze von 750. Heute sind 567 Covid-Patienten in unseren Krankenhäusern in Behandlung. Die Zahlen sind erschreckend und sprechen für sich.

Im Versorgungsgebiet 4, Lausitz-Spreewald, liegt der Anteil an betreibbaren Intensivbetten bei 23,4 % und damit bereits im roten Bereich. Wir haben ...

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Nonnemacher:

... innerhalb des Landes schon eine intensive Verlegungstätigkeit zu verzeichnen, sie wird noch zunehmen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Nonnemacher:

Nein. - Heute morgen um 8 Uhr hat sich die GMK per Videoschalte zu einer Sondersitzung getroffen. An dieser Sitzung nahmen auch Vertreter des Bundesministeriums des Innern, des

Verteidigungsministeriums und des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe teil.

Im letzten Jahr wurde in der Pandemie das sogenannte Kleeblatt-Konzept für Verlegungen innerhalb der Bundesrepublik entwickelt - es kam aber 2020 so gut wie gar nicht zur Anwendung. Vorgestern wurde der Kleeblatt-Fall ausgerufen und das Konzept wieder in Kraft gesetzt, weil 83 Patienten - 83, meine Damen und Herren! - innerhalb der Bundesrepublik verlegt werden mussten - 50 aus Bayern, 20 aus Sachsen, 13 aus Thüringen. Es stehen 22 Intensivtransportflugzeuge und -hubschrauber zur Verfügung, die Bundeswehr und der Katastrophenschutz sind im Einsatz. Heute, am 25.11.2021, wurden 60 weitere Patienten aus Bayern zur Verlegung angemeldet - 30 davon wurden zur Verlegung angenommen -, 14 aus Thüringen, 16 aus Sachsen, an einem einzigen Tag! Für die nächsten Tage sind steigende Zahlen zu erwarten. Wo soll das denn hinführen?

Noch haben wir die Solidarität der Länder im Norden; Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein können Patienten aufnehmen und haben ihre Solidarität erklärt, die Stadtstaaten Hamburg und Bremen ebenfalls. Aber das hat doch ein schnelles Ende. Wenn wir wissen, dass die hohen Infektionszahlen, die wir jetzt schon sehen, in 14 Tagen auch bei uns in Brandenburg zu solch dramatischen Situationen führen werden, ist das doch keine Panikmache, sondern bittere Realität! Die Experten der Kommission für die Kleeblatt-Verlegung sagen: In 14 Tagen haben wir in ganz Deutschland solche Verhältnisse wie im Moment im Süden und Osten unserer Republik.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Ministerin, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Nonnemacher:

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Portugal hat uns Hilfe angeboten, Frankreich will uns Hubschrauber schicken. Wo sollen wir denn mit den Patienten hin, in welche Länder sollen wir sie noch verlegen? Das löst doch das Grundproblem nicht! Wir müssen die Zahl der Infizierten senken, und das geht nur mit konsequenten Eindämmungsmaßnahmen, mit vielen Boosterimpfungen und indem alle kooperieren und sich an die Regeln halten.

Was hören wir aus den Kliniken in Bayern und Sachsen, von den dortigen Kollegen? Wir hören von der Furcht, dass sie um das Triagieren nicht herumkommen. Wir hören, dass sie befürchten, dass wir nun einen knallharten Lockdown brauchen. Wir hören den Ruf, ja den Schrei nach einer Impflicht. Und vor allen Dingen hören wir einen Ausruf: Wir können nicht mehr! - Wer in einer solchen Situation von Panikmache spricht, dem ist einfach nicht mehr zu helfen, der hat die Realität nicht erkannt.

Sie sind in vier Pandemiewellen jedes Mal krass von der Realität widerlegt worden. Bleiben Sie von mir aus in Ihrer Blase! Die große Mehrheit der Bevölkerung hat den Ernst der Lage inzwischen glücklicherweise erkannt und kooperiert. Wir haben an den ersten drei Tagen dieser Woche 54 000 Impfungen durchgeführt; die Nachfrage ist riesig und steigt - und zwar nicht nur nach Boosterimpfungen, sondern auch nach Erst- und Zweitimpfungen. Die Landesregierung wird weiterhin alles tun, um die Menschen zu schützen und unser Gesundheitssystem funktionstüchtig zu halten. - Ich danke Ihnen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, aufgrund einer Redezeitüberschreitung der Landesregierung steht den Fraktionen weitere Redezeit zur Verfügung: 7 Minuten für die AfD-Fraktion, 9 Minuten für die CDU-Fraktion, 7 Minuten für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 6 Minuten für die SPD-Fraktion, 7 Minuten für die Fraktion DIE LINKE und 7 Minuten für BVB / FREIE WÄHLER. - Herr Dr. Berndt, bitte schön.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ja, wir können ein kleines Fazit dieser Debatte ziehen. Ich fange mit dem letzten Beitrag, dem der Frau Gesundheitsministerin Nonnemacher, an, die ja hier auch im Auftreten, in der Art ihrer Rede ein Bild der Überforderung abgab.

Frau Nonnemacher stellt - wie andere aus der Koalition oder aus der eingebetteten Opposition - fest: Jeden Tag ein neuer Rekord, jeden Tag neue Schreckensmeldungen, jeden Tag schlimmere Daten als vor einem Jahr! - Was, meine Damen und Herren, sagt denn das, außer dass Ihre Politik grandios gescheitert ist?

Wir verzeichnen nach jetzt zwanzig Monaten im Grunde ständigen Lockdowns Rekorde an Infektionen. Wir sind seit März 2020 ständig in Eindämmungs- und Umgangsverordnungen. Wir haben seit März 2020 kein normales und uneingeschränktes Leben mehr geführt. Und das Ergebnis? Wir sehen es: Es ist schlimmer als je zuvor.

Dieses Versagen spüren Sie natürlich. Jeder spürt es, jeder sieht es. Das erklärt die Aggressivität, mit der Sie unseren Argumenten begegnen. Wir haben hier in aller Ruhe eines festgestellt und festgehalten: Die Impfung erfüllt die Versprechen nicht. - Da können Sie sich noch so auf den Kopf stellen, Herr Keller. Die Impfung erfüllt die Versprechen nicht. Die Impfung schützt nicht davor, sich zu infizieren.

(Zuruf des Abgeordneten Keller [SPD])

- Ja, das ist auch so, natürlich. - Die Impfung schützt ...

(Zurufe)

- Herr Keller! Herr Keller, ich sage ja: Sie sind alle ziemlich überfordert. Man merkt das.

(Gelächter)

Also: Die Impfung schützt nicht vor Infektionen. Die Impfung schützt nicht davor, die Infektion weiterzugeben. Die Impfung schützt nicht davor, schwer zu erkranken. Und die Impfung schützt nicht davor, zu sterben. Sie vergessen bei all Ihren Daten die Toten vom Werbellinsee, die doppelt oder dreifach geimpften Toten im Altenpflegeheim am Werbellinsee. Sie waren alle geimpft, doch die Impfung hat das Versprechen nicht erfüllt.

Übrigens: Ich wiederhole gern, was vor zehn Tagen in diesem famosen Podcast „indubio“ gesagt wurde, nämlich dass wir eine Pandemie der Dilettanten erleben. Ich will mir weitere Kommentare ersparen, füge aber hinzu: Wir erleben hier und heute auch eine Pandemie der Heuchelei, der schwer erträglichen Heuchelei, deren Vorreiter der Kollege Büttner ist.

(Zuruf: Vorsichtig!)

- Natürlich! Sie ignorieren immer und mit voller Absicht, was die Maßnahmen an Schaden produzieren, das unermessliche Leid, vor dem Ärzte und Ärzteverbände bereits im Sommer 2020 gewarnt haben, als nämlich schon erkennbar war, dass viele Menschen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen, mit Krebserkrankungen die Krankenhäuser schon gar nicht mehr aufsuchten; sie zahlen jetzt den bitteren Preis dafür und versterben jetzt infolgedessen.

Sie gehen nicht auf diejenigen ein, die infolge Ihrer Lockdownmaßnahmen in Depressionen gestürzt sind, die übergewichtig geworden sind, weil sie nicht mehr spielen und keinen Sport mehr machen können. Depression senkt die Lebenserwartung um zehn Jahre, und Übergewicht senkt die Lebenserwartung. All das ist Ihnen egal! Sie wollen einfach recht haben - koste es, was es wolle -, und dabei gehen Sie über Menschenleben. Das nenne ich eine Pandemie der Heuchler und eine Pandemie der Heuchelei.

(Zuruf: Sie senken meine Lebenserwartung!)

Wir haben unsere Vorschläge vorgetragen, und wir bleiben dabei. Ihr monomanisches Ausrichten auf eine Impfung, die ein hohes Maß an Nebenwirkungen hat - mehr als jede andere Impfung, die wir kennen -, Ihr Ignorieren anderer Möglichkeiten - nämlich therapeutischer Möglichkeiten wie Ivermectin -, Ihr Ignorieren von Antikörpertherapien, von Sprays, von Gurgeln - alles medikamentöse Eingriffe, die erwiesen werden in vielen Studien ...

(Zurufe)

- Ja, natürlich! - ...als erfolgreich beschrieben worden sind.

Sie tun so, um Ihr Narrativ zu stützen, dass diese Covid-19-Pandemie eine Erkrankung sei, die mit keiner anderen Erkrankung der Welt vergleichbar sei. Einzig nicht vergleichbar ist die Ignoranz, mit der Sie an Ihrer falschen Politik festhalten!

Es gibt medikamentöse Therapien. Es gilt vor allem, Prophylaxemaßnahmen zu ergreifen. Es gilt, diejenigen, die gefährdet sind, besser zu schützen. Und wir schützen die Menschen in den Pflegeheimen nicht mit einer Schulschließung, wir schützen sie nicht mit Fahrverboten für Ungeimpfte im öffentlichen Nahverkehr. Wir schützen sie, indem wir dafür sorgen, dass sie soziale Kontakte behalten, vernünftig ernährt werden und Licht und Kontakte behalten. Das ist das Beste, was wir für die alten und für die am meisten gefährdeten Menschen tun können.

Boosterimpfungen mit einem Impfstoff zu propagieren, der gegen die Wuhan-Variante entwickelt wurde, ist vollkommen irrational. Sie haben uns doch - Frau Nonnemacher vorneweg - monatelang von den Virusvarianten gepredigt und wie das Virus mutiert. Und nun ist das Virus mutiert: Der Wuhan-Typ ist von der Delta-Variante verdrängt worden, und Sie propagieren Impfungen gegen den Wuhan-Typ. Kein Wunder, dass Ihre Impfpolitik so grandios erfolglos ist.

Sie behaupten und unterstellen, dass all diejenigen, die im Krankenhaus sind, Ungeimpfte seien. Das ist nicht wahr! Sie haben gar keine genauen Zahlen zu den Geimpften und Ungeimpften.

(Zurufe)

- Na, dann ist ja gut. Dann halten wir mal fest ...

(Zuruf)

- Selbst das ist die Frage. - Und wenn es nur genauso viel wären, wäre das der Beweis dafür, dass die Impfung die Versprechen nicht erfüllt und dass Sie mit der Impfung nicht aus der pandemischen Lage herauskommen. Das ist völlig erwiesen. Das können wir hier im Gegensatz zu Ihnen in aller Ruhe darlegen.

Wir haben die Vorschläge gemacht, und wir können nur hoffen, dass Sie darauf eingehen, denn wir freuen uns nicht darüber, dass Ihre Maßnahmen unendliches Leid anrichten, und wir freuen uns nicht darüber, dass Sie kein bisschen dazulernen. Ich wäre sehr froh, wenn Sie Ihre Politik ändern würden. - Ich danke Ihnen.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, ich frage Sie jetzt, ob Sie Ihre verbliebene Redezeit nutzen möchten: Herr Abgeordneter Keller für die SPD-Fraktion? - Herr Abgeordneter Büttner für die Fraktion DIE LINKE? - Bitte schön.

Herr Abg. Büttner (DIE LINKE):*

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Berndt, mein Sohn würde jetzt sagen: Sie sind vollkommen los. - Nichts anderes! Was Sie hier zum Schluss gerade von sich gegeben haben, unterbietet tatsächlich noch einmal alles, was ich bisher von Ihnen gehört habe. Deswegen kann man das auch nicht so stehen lassen.

Sie können mich ja bezeichnen, als was Sie wollen; das ist mir ehrlich gesagt vollkommen wurscht! Aber dass Sie hier vollkommen emotionslos, vollkommen anteilnahmslos gegenüber jenen auftreten, die Angehörige verloren haben, gegenüber jenen, die jetzt auf Intensivstationen behandelt werden, dass Sie das alles nicht interessiert, ist wirklich eine Schande - und es ist auch eine Schande für dieses Parlament!

Und Sie lügen! Sie lügen wieder bewusst. Und man kann eigentlich nur allen, die zuschauen und zuhören, sagen: Lassen Sie sich - Herr Dr. Redmann, entschuldigen Sie, wenn ich das von Ihnen klaue - von diesem Scharlatan nicht in die Irre führen. Die Impfung schützt. Es ist erwiesen, dass die Impfung schützt. Niemand in diesem Land hat im Übrigen jemals behauptet, dass es einen hundertprozentigen Schutz vor Ansteckung gibt.

(Zurufe: Doch! - Das stimmt überhaupt nicht! - Nein!)

Es war immer klar, wie im Übrigen bei jeder Impfung,

(Zuruf: Genau!)

dass es Impfdurchbrüche geben wird. Aber die Impfung schützt eben in aller Regel davor, schwer zu erkranken, und vor allem davor, zu versterben. Sie senken Ihr Risiko! Und deswegen: Lassen Sie sich bitte impfen! Lassen Sie sich bitte impfen! Fallen Sie nicht auf diese Menschen herein. Sie führen Sie in die Irre.

Und vor allem - wir haben es in Österreich gesehen -: Lassen Sie sich um Himmels Willen nicht in die Irre führen, dass das Mittel

Ivermectin sie schütze. Wir haben es in Österreich gesehen. Die EMA rät davon ab, selbst der Hersteller rät davon ab. Und Sie, Herr Dr. Berndt, stellen sich hier hin und preisen es als ein Mittel an. Meine Damen und Herren, das ist fahrlässig! Sie gefährden Menschenleben!

Meine Damen und Herren, wir müssen die Schulen sicherer machen. Ich weiß nicht, wer das gesagt hat: Die Schulen sind sicher. - Wir müssen die Schulen sicherer machen, und deswegen kann ich nur das wiederholen, was Frau Kollegin Dannenberg hier letzte Woche gesagt hat: Wir müssen jeden Tag testen - die Geimpften, die Genesenen und die Ungeimpften -, damit wir sicherere Schulen bekommen in diesem Land. Lassen Sie uns das doch angehen! Ich hätte das gern in der Eindämmungsverordnung gehabt, und dass das nicht der Fall war, war einer der Gründe, warum ich die Eindämmungsverordnung abgelehnt habe.

Herr Dr. Berndt, Sie sagen: In aller Ruhe. - Und während dieser gesamten Debatte hat sich Ihre Fraktion so aufgeführt, als ob sie gerade irgendwo in der Eckkneipe sitze und nur noch dazwischenrufen wolle. Das hat im Übrigen nichts, überhaupt nichts mehr mit Respekt vor dem Parlament zu tun. Sie sind respektlos dem Parlament gegenüber.

Herr Dr. Berndt, ich will jetzt auch mit Ihrer Lüge aufräumen, dass Intensivbetten abgebaut worden seien.

(Zuruf: 4 000 Stück!)

Das ist schlichtweg falsch.

(Zuruf: 4 000 Stück!)

- Herr Teichner, Sie haben ja keine Ahnung. Vielleicht versuchen Sie, zuzuhören.

(Zuruf: Alle haben keine Ahnung!)

- Na ja, Herr Teichner sowieso nicht, aber vielleicht versuchen Sie einfach zuzuhören.

(Zuruf: Keine Ahnung davon!)

- Ich weiß, dass Sie das nicht interessiert, aber man muss zumindest den Menschen erklären, dass Sie gelogen haben.

In der ersten Welle der Pandemie war die Personaluntergrenzenverordnung außer Kraft gesetzt, und deswegen hatten wir

mehr Betten. Und zum 1. Juli letzten Jahres ist die Personaluntergrenzenverordnung wieder in Kraft getreten. Und da wir in der Pflege ein Personalproblem haben - was wir im Übrigen schon seit vielen Jahren wissen -, sind eben Betten gesperrt. Aber im Notfall, wenn der Bundesgesundheitsminister oder ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin die Personaluntergrenzenverordnung außer Kraft setzt, können wir die Betten reaktivieren.

Es ist aber einfach eine Lüge; es ist eine Lüge, wenn Sie immer wieder behaupten, wir hätten zu Tausenden Betten abgebaut in diesem Land. Und mit dieser Lüge muss man einfach einmal aufräumen, meine Damen und Herren.

Herr Dr. Berndt, ich bleibe dabei: Sie und Ihre Fraktion haben dieses Parlament wieder einmal für Ihre Spielchen missbraucht. Und an Ihrem Verhalten hat man gesehen, dass Sie sich überhaupt nicht für eine Debatte, für einen Austausch in dieser Debatte interessieren, sondern dass es Ihnen ausschließlich darum geht, Ihre eigene Klientel zu bedienen. Und das, meine Damen und Herren, ist fahrlässig, das gefährdet Menschenleben in diesem Land. Hören Sie nicht auf diesen Scharlatan! - Entschuldigung, Herr Dr. Redmann. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Ich frage Sie, ob Sie verbleibende Redezeit nutzen möchten. Für die CDU-Fraktion Herr Dr. Redmann? - Nein. Für die Fraktion BVB / FREIE WÄHLER Herr Stefke? - Nein. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Raschke? - Nein.

Dann kommen wir zur Abstimmung, meine Damen und Herren. Uns liegt erstens ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 7/4574, mit dem Titel „Eindämmungsmaßnahmen verhältnismäßig gestalten - Coronaimpfpflicht in Brandenburg ausschließen“ vor. Ich darf Sie um Abstimmung bitten. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Ich komme zum zweiten Entschließungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 7/4575, mit dem Titel „Freiheitsbeschränkungen endlich beenden - 2G- und 3G-Regelungen aufheben und Weihnachtsmärkte unverzüglich öffnen!“. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag wurde ohne Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich schließe damit diesen Tagesordnungspunkt und zugleich die 56. Plenarsitzung. Bleiben Sie bitte gesund!

Ende der Sitzung: 18.34 Uhr

Anlage**Anwesenheitsliste**

Frau Abg. Augustin (CDU)
Herr Abg. Barthel (SPD)
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)
Frau Abg. Bessin (AfD)
Frau Abg. Block (DIE LINKE)
Herr Abg. Bommert (CDU)
Herr Abg. Bretz (CDU)
Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Ricarda Budke (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Büttner (DIE LINKE)
Frau Abg. Damus (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Dannenberg (DIE LINKE)
Herr Abg. Domres (DIE LINKE)
Herr Abg. Drenske (AfD)
Herr Abg. Eichelbaum (CDU)
Frau Abg. Fischer (SPD)
Frau Abg. Fortunato (DIE LINKE)
Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD)
Herr Abg. Funke (SPD)
Herr Abg. Galau (AfD)
Herr Abg. von Gifycki (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)
Herr Abg. Hanko (AfD)
Herr Abg. Hoffmann (CDU)
Herr Abg. Hohloch (AfD)
Herr Abg. Hünicke (AfD)
Frau Abg. Johlige (DIE LINKE)
Herr Abg. Keller (SPD)
Herr Abg. Klemp (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Kornmesser (SPD)
Herr Abg. Kubitzki (AfD)
Herr Abg. Lakenmacher (CDU)
Frau Abg. Lange (SPD)
Frau Abg. Prof. Dr. Liedtke (SPD)
Herr Abg. Lüttmann (SPD)
Herr Abg. Möller (AfD)
Herr Abg. Münschke (AfD)
Frau Abg. Nicklisch (BVB/FW)
Herr Abg. Noack (SPD)
Herr Abg. Nothing (AfD)
Herr Abg. Philipp (SPD)
Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)
Frau Abg. Richstein (CDU)
Herr Abg. Rüter (SPD)
Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Schaller (CDU)
Herr Abg. Scheetz (SPD)
Frau Abg. Schier (CDU)
Herr Abg. Schieske (AfD)
Frau Abg. Schwarzenberg (DIE LINKE)
Frau Abg. Spring-Räumschüssel (AfD)
Herr Abg. Stefke (BVB/FW)
Herr Abg. Stohn (SPD)
Herr Abg. Teichner (AfD)
Herr Abg. Dr. Woidke (SPD)